

V-26-045-2 Deutsche EU-Ratspräsidentschaft 2020 zur Klimapräsidentschaft machen und Europas Versprechen für Demokratie und Menschenrechte einlösen!

Antragsteller*in: Jutta Paulus (KV Neustadt-Weinstraße)

Änderungsantrag zu V-26

Von Zeile 45 bis 46 einfügen:

Momentan verhandelt das Europäische Parlament mit Kommission und Rat das Budget der Europäischen Union für die kommenden Jahre. Trotz eines ambitionierteren französischen Vorschlags möchte Deutschland daran festhalten,

Von Zeile 49 bis 52 einfügen:

dank Grünen Drucks immerhin 30 Prozent fürs Klima und 10 Prozent für die Biodiversität, ein erster richtiger Schritt. Der Umweltausschuss hat sich im September allerdings für einen 40%igen Anteil für Klimaschutz-Investitionen ausgesprochen; wir Grüne fordern 50%. Finanzminister Scholz sollte sich auf Bundesebene dafür einsetzen, dass die Blockade der deutschen Regierung für mehr Klimaschutz im Haushalt der Europäischen Union endlich aufbricht. Angesichts der globalen Klimakatastrophe haben wir keine Zeit mehr zu verlieren. Es darf keine falsche Zurückhaltung beim Schutz unserer Lebensgrundlagen geben. Unser Planet und wir können nicht auf den nächsten Mehrjährigen Finanzrahmen in neun Jahren warten. Dann wird es zu spät sein.

weitere Antragsteller*innen

Erik Marquardt (KV Berlin-Treptow/Köpenick); Timm Schulze (KV Passau-Land); Dieter Kaufmann (KV Frankfurt); Detlef Matthiessen (KV Rendsburg-Eckernförde); Sibylle C. Centgraf (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf); Martina Hoffmann (KV Saalekreis); Jürgen Eiselt (KV Frankfurt); Rainer Borcharding (KV Schleswig-Flensburg); Lutz Weischer (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg); Tobias Balke (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf); Imke Byl (KV Gifhorn); Ulrike Siemens (KV Wolfenbüttel); Ernst-Christoph Stolper (KV Neustadt-Weinstraße); Jochen Detscher (Stuttgart KV); Marcel Ernst (KV Göttingen); Friedemann Dau (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg); Miriam Matz (KV Saalekreis); Karl-Wilhelm Koch (KV Vulkaneifel); Nicolás Lutzmann (KV Heidelberg)